

Demokratische Wirtschaft

Das soziale und ökologische Wohlergehen aller muss anstelle des Gewinns in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns treten. Die neoliberale Marktwirtschaft basiert auf uneingeschränktem Wirtschaftswachstum, reinem Wettbewerb und Krisenzyklen. Die Gewinnlogik hat zu einer Explosion der Ungleichheiten und der massiven Zerstörung der Umwelt geführt: Sie kann in einem Ökosystem mit begrenzten Ressourcen nicht funktionieren.

Es gibt Möglichkeiten, die Armut in der Welt zu beseitigen und eine ökologische Wirtschaft aufzubauen. Diese Probleme können nicht nachhaltig gelöst werden, solange die Wirtschaft nicht im Interesse der Gemeinschaft, sondern zur Maximierung privater Gewinne agiert. Wenn wir die Wirtschaft demokratisch organisieren, können die Bedürfnisse der Bevölkerung der entscheidende Faktor in unserer Gesellschaft sein. Wir kämpfen für Reformen und Verbesserungen des derzeitigen Systems. Längerfristig muss das Ziel sein, aus dem zerstörerischen Teufelskreis des Kapitalismus auszubrechen. Wir fordern eine Wirtschaftsdemokratie und die Überwindung des Kapitalismus. Gewisse Industrien, Güter, Dienstleistungen und Ressourcen müssen in öffentliches Eigentum überführt werden – so zum Beispiel Banken, das Gesundheitswesen oder der Energiesektor. Nur so können diese der Wachstums- und Profitlogik entzogen werden und für das Allgemeinwohl arbeiten. In den marktwirtschaftlich organisierten Bereichen der Wirtschaft muss eine demokratische Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden sichergestellt werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine demokratische Verwaltung in öffentlichem Eigentum aller endlichen Ressourcen, Industrien, Güter und Dienstleistungen, die die Grundbedürfnisse der Menschen decken (dazu gehören unter anderem Boden, Wasser, Banken, Versicherungen, Gesundheitswesen, Verkehr, Energie, Telekommunikation, Bildung und Wohnraum, sowie alle endlichen natürlichen Ressourcen).
- Mitbestimmungsrecht und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden an privaten Unternehmen – zum Beispiel durch Genossenschaften.
- Die Haftung von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz für ihr Handeln im Ausland.
- Eine strikte Regulierung von Werbung.

- Ein Verbot von Patenten auf Organismen und Medikamente.
- Dass es Pharmakonzernen verboten ist, Dividenden auszuzahlen. Der Gewinn aus Medikamenten soll restlos in Forschung oder zum Einkaufen von Know-how verwendet werden.
- Die Einführung eines relativen Höchstlohnes: Der höchste Lohn in einem Unternehmen darf maximal zwölfmal höher sein als der niedrigste.
- Ein Engagement der offiziellen Schweiz im Rahmen von internationalen Institutionen zur Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung auf wirtschaftliche Aspekte. So sollen Lohn-, Steuer- und Umweltdumping bekämpft werden.